

Stand: 16.02.2026 09:11:05

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/8843

"Politische Teilhabe von Menschen mit wenig Geld stärken - Demokratie sichern!"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/8843 vom 12.11.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/9560 des SO vom 04.12.2025
3. Beschluss des Plenums 19/9777 vom 28.01.2026



## **Antrag**

der Abgeordneten **Horst Arnold, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Christiane Feichtmeier, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumler, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

### **Politische Teilhabe von Menschen mit wenig Geld stärken – Demokratie sichern!**

Der Landtag wolle beschließen:

Vor dem Hintergrund des Entwurf des siebten Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung – der aufzeigt, dass „arme Menschen“ seltener wählen und geringere Chancen auf eine Umsetzung ihrer politischen Anliegen haben und der dabei zu dem Ergebnis kommt, dass dies „ein besonderes Risiko für die Demokratie“ darstellt, – wird die Staatsregierung aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um die politische Teilhabe von Menschen in Armut zu verbessern und damit die Demokratie in Bayern nachhaltig zu stärken. Dazu gehören insbesondere:

1. Politische Bildung:
  - Ausbau von niedrigschwellingen Angeboten politischer Bildung für Menschen in finanzieller Notlage
  - Förderung von Projekten, die politische Partizipation direkt erlebbar machen
2. Barrierefreiheit der politischen Beteiligung:
  - Reduzierung materieller und organisatorischer Hürden bei der politischen Willensbildung und Beteiligungsverfahren (z. B. niedrigschwellige Informationsmaterialien)
  - Förderung digitaler Beteiligungsformate, die auch einkommensschwache Haushalte erreichen
3. Stärkung des Vertrauens in Institutionen:
  - Maßnahmen zur transparenten Kommunikation politischer Entscheidungen und zur Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene
  - Initiativen zur Förderung von Vertrauen in Rechtssystem und Parlamente, insbesondere durch Beteiligungsprojekte und Transparenz
4. Soziale Sicherung und Armutsbekämpfung:
  - Ausbau von Bildungschancen und Arbeitsmarktmaßnahmen, um strukturelle Ungleichheit zu reduzieren und politische Teilhabe zu erleichtern
  - Integration von Maßnahmen zur Armutsbekämpfung in politische Strategien zur Demokratieförderung

**Begründung:**

„Arme Menschen“ wählen seltener und haben geringere Chancen auf eine Umsetzung ihrer politischen Anliegen. So steht es im Entwurf des siebten Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung. Dabei stellt eine systematisch geringere politische Teilhabe von Personen „ein besonderes Risiko für die Demokratie dar“.

Der Entwurf des siebten Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung zeigt, dass geringe politische Teilhabe ein erhebliches Risiko für die Demokratie darstellt: Menschen mit geringem Einkommen wählen seltener und haben geringere Chancen, ihre politischen Anliegen durchzusetzen. 37 Prozent der Menschen mit wenig Geld haben nur geringes Vertrauen in das Rechtssystem, bei Personen mit hohem Einkommen sind es 8 Prozent. Fast 50 Prozent der „dauerhaft Armen“ vertrauen dem Bundestag nicht; bei den Reichen sind es unter 20 Prozent.

Eine systematisch geringere politische Teilhabe bestimmter Bevölkerungsgruppen kann langfristig zu Entfremdung, Legitimitätsverlust und sozialer Polarisierung führen. Dies stellt ein besonderes Risiko für die Stabilität der demokratischen Ordnung dar. Es gilt also, die politische Teilhabe einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen systematisch zu stärken, um das Vertrauen in demokratische Institutionen zu erhöhen und die demokratische Stabilität in Bayern langfristig zu sichern.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

**Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib  
u.a. SPD  
Drs. 19/8843**

**Politische Teilhabe von Menschen mit wenig Geld stärken - Demokratie sichern!**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Ablehnung

Berichterstatterin: **Doris Rauscher**  
Mitberichterstatter: **Julian Preidl**

### **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 35. Sitzung am 4. Dezember 2025 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:  
CSU: Ablehnung  
FREIE WÄHLER: Ablehnung  
AfD: Ablehnung  
B90/GRÜ: Zustimmung  
SPD: Zustimmung  
Ablehnung empfohlen.

**Doris Rauscher**  
Vorsitzende



## **Beschluss des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten **Horst Arnold, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Christiane Feichtmeier, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumler, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

Drs. 19/8843, 19/9560

**Politische Teilhabe von Menschen mit wenig Geld stärken – Demokratie sichern!**

**Ablehnung**

Die Präsidentin  
I.V.

**Markus Rinderspacher**  
V. Vizepräsident